



AMERIKA/PANAMA - Kirche will zwischen Regierung und Ärzten vermitteln

Panama City (Fidesdienst) – Staatspräsident Riccardo Martinelli dankte Erzbischof José Domingo Ullao von Panama City öffentlich für die Bereitschaft der Kirche, im Streit zwischen der Regierung und den seit mehreren Wochen streikenden Ärzten (vgl. Fidesdienst vom 10/10/2013) zu vermitteln. Die Ärzte streiken gegen die Verabschiedung eines neuen Gesetzes, das die Einstellung ausländischer Ärzte ermöglicht: sie befürchten eine zunehmende Privatisierung des Gesundheitssystems.

„Das Gesetz 69 will einen Prozess beschleunigen, den die dringliche Notwendigkeit der ärztlichen Versorgung mit Spezialisten in den internen Landesteilen erforderlich macht“, so das Staatsoberhaupt von Panama. „Es handelt sich um ein Gesetz, das Menschen helfen soll. Es wendet sich nicht gegen die Ärzte unseres Landes. Doch als Regierung, die stets für den Dialog offen war, versucht das Gesundheitsministerium die Kommunikation mit den Ärzte Gewerkschaften aufrecht zu erhalten und deren Vorschläge in das Projekt miteinzubeziehen. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, dass von 14 Vorschlägen bereits 11 berücksichtigt wurden“, so der Präsident im Gespräch mit der Presse.

Ebenfalls gegenüber der Presse bestätigte Erzbischof José Ullao Mendieta die Bereitschaft der Kirche zur Herstellung von Kontakten zwischen den Parteien. „Wir befinden uns in einem kritischen Moment“, so der Erzbischof, „wo wir nicht nach Schuldigen suchen, sondern unsere Einstellung ändern sollten, damit wir zum Dialog fähig sind. Wir müssen gegenseitiges Vertrauen schaffen, denn die Glaubwürdigkeit ist auf der einen und auf der anderen Seite verloren gegangen. Das müssen wir ändern“. Die meisten Ärzte sollen inzwischen an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt sein, doch in zahlreichen Gesundheitseinrichtungen bleibt die Situation kritisch. (CE) (Fidesdienst, 16/10/2013)